



PRESSEMITTEILUNG

28. Oktober 2020

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober

Konsequent gegen Hass – was tun gegen Hatespeech im Netz?

Keine Online-Bagatelle: Hassrede geht alle an

München – Klare Signale zum Schutz der Meinungsfreiheit senden und Hatespeech konsequent strafrechtlich verfolgen: Das sind die Ziele der Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM). Die im Oktober 2019 gestartete Initiative wurde um ein Jahr verlängert und ermöglicht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bayerischer Medienhäuser, einfach und sicher Prüfbitten, ob strafbare Online-Inhalte vorliegen, an den Hate-Speech-Beauftragten der Bayerischen Justiz zu senden. Im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN haben der bayerische Justizminister Georg Eisenreich und BLM-Präsident Siegfried Schneider mit BLM-Pressesprecherin Stefanie Reger über erste Erfolge der Initiative und kommende Aufgaben gesprochen. Dabei wurde eines deutlich: Hass und Hetze im Internet gehen uns alle an.

Er sei sofort zur Unterstützung bereit gewesen, als die BLM im vergangenen Jahr mit dem Wunsch nach einer Initiative gegen Hass im Internet an ihn herantrat, betonte Minister Eisenreich. Zügig hätten auch mehr als 110 bayerische Medienhäuser Interesse an der Initiative gezeigt. Fast achtzig davon beteiligten sich aktiv, berichtete Siegfried Schneider. Journalistinnen und Journalisten könnten online einfach und effizient strafbare Inhalte inklusive Screenshots mit den wichtigen Daten an den Hate-Speech-Beauftragten der Bayerischen Justiz weiterleiten. Das habe mittlerweile zu 130 Prüfbitten geführt, die in 114 Verfahren mündeten: In mehr als zehn Fällen sei Anklage erhoben worden, von denen zwei zu Verurteilungen geführt hätten.

„Wer im Netz Volksverhetzung betreibt oder andere verleumdet, muss damit rechnen, dass bald in der Früh die Polizei vor der Tür steht“, machte Eisenreich deutlich. Schneider schilderte ein Fallbeispiel: Ein Medienunternehmen habe über ein Flüchtlingsthema berichtet und sei in kürzester Zeit mit Hasskommentaren überschwemmt worden. Die Folge: strafrechtliche Ermittlungsverfahren, insgesamt 19 Hausdurchsuchungen.

„Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ ist nicht die einzige Maßnahme, die die bayerische Politik unternimmt, um Meinungsfreiheit zu schützen und eine demokratische Debattenkultur mit Nachdruck zu verteidigen. Das bayerische Justizministerium hat seit 1. Januar dieses Jahres einen „Hate-Speech-Beauftragten“ bei der Generalstaatsanwaltschaft München ernannt. In ganz Bayern seien 22 Sonderdezernate zur Bekämpfung von strafbarem Hass und Hetze im Internet eingerichtet worden, erklärte Eisenreich. Journalistinnen und Journalisten dürften nicht alleine gelassen werden, wenn sie im Internet beleidigt oder bedroht würden.

Eisenreich und Schneider machten deutlich, dass sie demokratische, offene Debatten – auch über kontroverse Themen wie die Flüchtlingskrise 2015/2016 – schützen, nicht einschränken wollen. Es müsse verhindert werden, dass Journalisten aus Angst vor verbaler oder tätlicher Gewalt auf kritische Berichterstattung verzichten.

„Löschen von strafbaren Hasskommentaren alleine reicht nicht“, sagte Georg Eisenreich und unterstützte die geplante gesetzliche Verankerung der Anzeigepflicht sozialer Netzwerke von strafbaren Kommentaren, etwa im Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Zugleich müssten Plattformen wie Facebook sich ihrer Verantwortung stellen und Auskunftersuchen der Staatsanwaltschaften ohne Wenn und Aber beantworten. Siegfried Schneider stellte klar, dass nur eine „regulierte Selbstregulierung“ der Medienplattformen durch die Medienanstalten wirklich nachhaltig Hass und Hetze im Internet bekämpfen könne.

Eine konsequente Strafverfolgung ist nur eine Seite der Medaille. BLM-Präsident Schneider unterstrich die Bedeutung präventiver Maßnahmen: Die Stiftung Medienpädagogik Bayern beispielsweise arbeite seit Jahren intensiv daran, mit Information, Weiterbildung und Angeboten in Schulen vor allem junge Menschen im Umgang mit den Veränderungen in der digitalisierten Medienwelt und in den sozialen Online-Netzwerken fit zu machen: „Junge Menschen müssen sich wehren können und den Mut finden, den Eltern und den Lehrkräften von Bloßstellungen im Netz zu berichten.“

Dass Initiativen gegen Hatespeech schon bald überflüssig sein werden, bezweifelte Schneider. Politik und Medien müssten weiter die Menschen ermutigen, nicht wegzuschauen. Eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft müsse unbedingt vermieden werden. Die BLM werde weiter mit Aufklärung und Weiterbildung daran arbeiten, dass die Bekämpfung strafbarer Online-Inhalte künftig selbstverständlich sei. Man werde auch über eine Möglichkeit nachdenken, wie nicht nur Medienhäuser, sondern auch einzelne Bürgerinnen und Bürger einfach online Prüfbitten einreichen könnten. Doch schon jetzt könne sich jeder, der von Hass-Postings bedroht werde oder diese im Internet entdecke, an Polizei und Staatsanwaltschaften wenden. Denn eines stellten Staatsminister Eisenreich und BLM-Präsident Schneider klar: Die Justiz kann nur ermitteln, wenn strafbare Inhalte auch zur Anzeige gebracht werden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.